

**Antrag**  
**der Fraktion DIE GRÜNEN**

**Flick- und Spendenaffäre**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Flick-Affäre hat deutlich gemacht, daß die ökonomische Macht der Großindustrie und deren Einwirkung auf politische Entscheidungen unvereinbar ist mit einer politischen Demokratie, die ihren Namen verdient. Die proklamierte Souveränität des Volkes wird durch den Sachverhalt, daß Großkonzerne politische Entscheidungen kaufen können, ad absurdum geführt. Der Deutsche Bundestag ist allerdings auch der Auffassung, daß die mit der Flick-Affäre aktenkundig gewordenen möglichen direkten Bestechungen nicht die alltäglichen politischen Skandale vergessen machen sollten: Daß politische Entscheidungen auch dann in aller Regel zugunsten der Interessen der Großindustrie gefällt werden, wenn keine Parteispenden und Bestechungsgelder direkt im Spiel sind. Die diesjährigen Entscheidungen bezüglich Buschhaus, Katalysator und Formaldehyd zeigen deutlich diese alltägliche Dominanz der Interessen von Energie-, Automobil- und Chemiekonzernen.
2. Der Name Flick verkörpert die lange Tradition einer unseligen Verflechtung von Staat und Wirtschaft in besonders schlimmer Weise. Als Rüstungskonzern hat er in der Vergangenheit Milliarden damit verdient, daß mit seinen Waffen und Rüstungsgütern Millionen Menschen hingemordet wurden; und auch heute ist der Flick-Konzern wieder im Rüstungsgeschäft tätig. Er hatte vor und nach 1933 keine Bedenken, die Nationalsozialisten aus Profitinteressen zu finanzieren. Auch heute, unter sicherlich veränderten Umständen, meint er, seinen Profitinteressen am besten zu dienen, indem er die demokratischen Parteien CDU, CSU, FDP und SPD finanziert. Allein diese fatalen historischen Parallelen hätten Grund genug für die betroffenen Parteien sein müssen, auf die Entgegennahme von Spenden aus diesem Hause zu verzichten. Sie haben es nicht getan.
3. Wer wirklich Lehren aus der Flick-Affäre ziehen will, muß sich dem Problem der Machtausübung der Großindustrie stellen. Der Deutsche Bundestag ist daher der Auffassung, daß die wirtschaftliche und damit auch politische Macht kontrolliert

und entscheidend reduziert werden muß. Dazu gehören Maßnahmen zur Entflechtung von Großunternehmen und zur Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften.

4. Auf der parlamentarischen Ebene muß alles getan werden, um neben der rückhaltlosen und schnellen Aufklärung der Flick-Affäre Licht in den Dschungel der Spendenpraxis zu bringen. Der Deutsche Bundestag fordert rücksichtslose und vollständige Aufklärung über die vielfältigen Beziehungen von Industrie und Politik. Der Deutsche Bundestag beschließt daher, den Arbeitsauftrag des Flick-Untersuchungsausschusses auf die Untersuchung der allgemeinen Spendenpraxis und die Tätigkeiten der parteinahen Stiftungen auszudehnen.
5. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Bürger dieser Republik allen Grund zur Staatsverdrossenheit haben.

Die prominentesten Vertreter der angeblich geistig-moralischen Wende, Bundeskanzler Kohl und Vizekanzler Genscher, haben öffentlich zugegeben, im Zusammenhang mit Spendenzahlungen der Industrie permanent und bewußt durch Unterlassen der Namensnennung von Spendern gegen Verfassung, geltendes Recht und höchstrichterliche Urteile verstoßen zu haben. Solange diese eingestandenen Rechtsbrüche auf höchster Ebene keine politischen Konsequenzen haben, ist die Debatte um an sich sinnvolle Maßnahmen, wie die Offenlegung sämtlicher Abgeordneteneinkünfte, von nachrangiger Bedeutung.

6. Der Deutsche Bundestag begrüßt es, daß ein Teil der Medien erheblich dazu beigetragen hat, rechtswidrige Spendenpraktiken öffentlich zu machen. Sie haben sich in diesem Zusammenhang um die politische Aufklärung der Bürger verdient gemacht. Mit seiner empörenden Diffamierung dieses Teils der demokratischen Öffentlichkeit hat der Bundeskanzler deutlich gemacht, daß ihm an der rückhaltlosen Aufklärung der Bundesbürger nicht gelegen ist.

Der Deutsche Bundestag ist deshalb der Auffassung, daß größere Wachsamkeit der Bürger gegenüber den Staatsorganen der Demokratie förderlicher ist als blindes Vertrauen in Parteien und Regierungen.

Bonn, den 15. November 1984

**Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion**